

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 7. Dezember 1887.

Nr. 571.

Deutschland.

Berlin, 6. Dezember. Der Kaiser und die Kaiserin verblieben während der gestrigen Abendstunden im Palais und sahen dann gegen 9 Uhr einige distinguierte Personen als Gäste bei sich zum Thee. Im Laufe des heutigen Vormittags erledigte der Kaiser zunächst Regierungs-Angelegenheiten, ließ sich darauf vom Grafen Bernstorffs Vortrag halten und nahm im Beisein des Generals des Gardelörs General von Pape und des Kommandanten von Berlin die persönlichen Meldungen vieler Offiziere entgegen. Mittags arbeitete der Kaiser dann noch längere Zeit mit dem General v. Albedyll und unternahm darauf eine Spazierfahrt. Zuvor hatte auch die Kaiserin bereits gleichfalls eine Ausfahrt nach dem Tiergarten gemacht. Am späteren Nachmittage speisten dann die Majestäten im königlichen Palais allein.

— Unser Kronprinz hat das Glückwunschkreis der preußischen Großlogen zu seinem Geburtstage in einem bereits vom 27. Oktober datirten Handschreiben wie folgt beantwortet:

“Die Wünsche, welche die drei preußischen Großlogen Mir zu Meinem Geburtstage und zu Meiner baldigen Wiederherstellung ausgesprochen haben, erkenne Ich gern als den Ausdruck der Treue und Ergebenheit an. Mit dem Dank hierfür verbindet Ich den Wunsch, daß die Männeret ihre wohlthuende Wirksamkeit in immer weiter Kreise tragen möge. Für Mich war sie mit einer Quelle, das Mir auferlegte Leid in Ergebenheit gegen den Willen Gottes zu tragen. Zu ihm blicke Ich auch voll Vertrauen empor, und hoffe, daß Ich in nicht allzuferner Zeit, genügend, mit den Meinen in die Mitte des geliebten Vaterlandes und in die Ressenz zurückkehren kann. Ihnen und allen Erogen sende Ich Meinen Gruss.

Der stellvertretende Protaktor.
gez.: Friedrich Wilhelm,
Kronprinz.”

— Der Großherzog und die Großherzogin von Baden werden am Donnerstag, den 8. d. M., zum Besuch bei den Majestäten aus Karlsruhe in Berlin eintreffen.

— Die Kornzoll-Kommission berichtete in ihrer ersten Sitzung über die Anfangs-Vermittlungen (Weizen und Roggen) und die dazu eingebrachten Abänderungs- und Vermittelungs-Vorschläge. Nicht nur von freistädtischer, sondern auch von kleifaler und freikonservativer Seite wurde vor den Gefahren der in der Vorlage beantragten Zoll erhöhungen gewarnt, die in ihrem ganzen Umfange nur von den deutschkonservativen Vertretern und den Regierungs-Kommissaren vorherrschten würden. Dr. Hämmerl von Ov. begründete seine Erhöhungs-Vorschläge damit, daß es an genügender Erfahrung über die Wirkung der selbigeren Zölle fehle und die Vorlage daher verfrüht sei. Der freistädtische Abgeordnete Brömel nahm ihn beim Wort und meinte, Herr von Ov. müßte konsequent zur Ablehnung der Erhöhung kommen. Von den Folgen der Erhöhungen Kenne man schon viele. Die Nachtheile seien sehr merkbare im Getreidebau, im Getreidehandel und in der Getreideverarbeitung. Auch Windhorst erklärte, die Vorlage sei mindestens verfrüht, die Regierung habe offenbar einem agitatorischen Druck nachgegeben. Nicht nur die Landwirthe littent, sondern weite Kreise des Erwerbslebens; und die Landwirthe hätten durch das Branntweinsteuergesetz eine wesentliche Unterstützung bekommen. Um bedenklich seien die von hohen Zöllen zu fürchtenden sozialen Gefahren. Dagegen sprach sich wider Erwarten Reichensperger, der sich bisher gegen jede Zoll erhöhung erklärt, für eine mäßige Erhöhung im Sinne des Vertrages Ov. aus. Die Chancen der vermittelnden Gruppe sind hierauf gestiegen; doch sollen die Freunde der Regierungsvorschläge entschlossen sein, lieber auf jede Abänderung der bestehenden Zollföhren zu verzichten, als den Herabminderungs-Vorschlägen zuzustimmen. So kann es leicht kommen, daß mit ihrer Hilfe in der Kommission ein völlig negatives Ergebnis herauskommt, das freilich, wie bereits betont, für die endgültige Entscheidung im Plenum durchaus nicht maßgebend ist.

— Die Kommission des Reichstags für die Getreidezollvorlage sieht heute ihre Berathungen fort. Abgeordneter Riedel erklärte, er wolle

den wahrscheinlich fruchtlosen Versuch machen, etwas mehr sachliches Material beizubringen. Man möge offizielle Zahlen über die Domänen-erträge speziell aus dem Königreich Sachsen vorlegen, bis jetzt habe man nur einige willkürliche gruppierte Zahlen gegeben. Ihm sei ein Beispiel bekannt eines Gutes in Schlesien, das 450 Morgen umfaßt mit 3940 Mark Grundsteuer-Reinertrag. Es wurde für 270 000 Mark verkauft, also 600 Mark pro Morgen, d. h. das Siebzigfache des Grundsteuer-Reinertrages. Er habe selbst die Hälfte seines Gutes verpachtet, die Pachtgelder seien abgesehen von Wiesen, nicht herabgegangen, und es sei ihm eine Reihe von Beispielen aus der Danziger Gegend bekannt von Bachtwirtschaften, die nichts von einem Ruin der Landwirtschaft merken lassen. Er kann ein Gut in Schlesien, circa 1000 Morgen, wenig Wald, ein Zehntel Wiesen. Aus dessen Körnerertrag seien als Reingewinn erhalten: 1877 36 900 Mark, 1879 28 600 Mark, jetzt werde es nach verbesserten Wirtschaftsmethoden bewirtschaftet, und der Reinertrag betrage: 1882/83 42 000 Mark, 1883/84 37 300 Mark, 1884/85 43 500 Mark, 1885/86 48 000 Mark, 1886/87 45 700 Mark.

Durch den einseitigen Hinweis auf die Staats-hilfe ziehe man die Landwirthe von der eigenen, ersten Aufgabe der Landwirtschaft, der Selbst-thätigkeit, ab. Wie die Petitionen gemacht, sei bekannt. Die Landräthe — Revier legt ein Exemplar vor — haben durch Rundschreiben Unterschriften gesammelt; wie läßt sich das Resultat? Seit einem Jahre wird agitiert, und es liegen 5000 Petitionen mit 160 000 Unterschriften vor. Das sind die Vertreter der 27 Millionen an der Landwirtschaft Interessierten! Windhorst, der die sozialen Gefahren der Zoll erhöhung fürchtet, möge konsequent jede Zoll erhöhung ablehnen.

Gehirnrat v. Heydendorf: Riedel habe nur einzelne Beispiele beigebracht, das Material in den Motiven aber stütze sich auf Er-mittelungen in einem großen Theile Deutschlands. Er kenne auch Beispiele von schlesischen Gütern, auf denen trotz großer Meliorationen der Reinertrag erheblich zurückgegangen sei, auch Rückgänge in der Einschätzung zur Einkommensteuer machen sich bemerkbar.

Dr. Hammacher: Bei Einführung solcher exorbitant hohen Zölle sei ein tiefer Pessimismus für die Zukunft berechtigt. Die gewalt-samen Eruptionen von unten auf hätten immer, wie auch die Geschichte der englischen Kornzölle beweise, ihren Ursprung in feindselichen Verhältnissen anderer Art, nicht nur in den Preisen allein ge-habt. Eine solche Katastrophe würde das ganze bestehende Wirtschaftssystem, das auf gemäßigten Schätzjollen basste, unbarmherzig weggeschwemmt. In den meisten Fällen und in ganzen Distrikten prosperire die Landwirtschaft auch jetzt noch, so in Anhalt, in Braunschweig, in Hannover, in einzelnen Thelen der Rheinprovinz und Westfalen. Die Klagen über den Notstand seien zum großen Theil unberechtigt. Über die Verhältnisse des Ostens hätte die Regierung besseres Material beibringen müssen. Einzelne Fälle könnten nichts beweisen. Auch in der seit 10 Jahren lebenden Bergwerks-Industrie arbeiten einzelne Werke noch mit Vortheil; noch jetzt seien die Güterpreise hoch; wäre die Notlage wirklich so groß, so wären die Preise, die die Ansiedlungs-Kommission in Posen zahlt, gar nicht gerechtfertigt, und Ansiedler dort hinzuziehen, wäre unverantwortlich. Durch die letzte Zoll erhöhung sei der Getreidehandel enorm geschädigt. Der begangene Irrthum könne nur durch Aufhebung des Identitätsnachweises wieder gut gemacht werden.

Dr. Windhorst bringt einen Antrag ein: Dem § 2 als 2. Alinea hinzuzufügen: Insoweit die in der Vorlage genannten Getreidesorten in Folge von Verträgen eingeführt werden, welche nachweislich vor dem 26. November cr. abgeschlossen worden sind, finden die Bestimmungen des § 2 auf sie keine Anwendung, d. h. sie gehen zum alten Zollföpfe ein.

Abg. Brömel weist nach, daß die Erhöhung des Roggenzolls vornehmlich die Roggen brennenden Hefefabrikanten schädigen werde, was Regierungs-Kommissar Traut in Abrede stellt.

Abg. v. Ov. wendet sich gegen die gestrichenen Bemerkungen v. Puttkamers, daß die Noth-

lage der Landwirtschaft im Süden eine geringere sei. Die Gebürgsbewohner seien auf den Verkauf der Sommerfrüchte angewiesen und auf die Bißzucht, da sie der Winterfrüchte zum eigenen Konsum bedürften.

— Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Sofia gemeldet wird, ist zwischen den muhamedanischen Mitgliedern der Sobranje und denen bulgarischer Nationalität ein Zwist ausgebrochen, welcher die ersten veranlaßt hat, den Sitzungen fern zu bleiben. Aulah dazu hat ein Gesetz über Errichtung von sechszehngliedrigen Bezirkskommisionen für Verwaltungszwecke gegeben. Bei der ersten Lesung desselben beschloß die bulgarische Majorität, daß in diese Kommissionen nur je vier der offiziellen Sprache nicht mächtige Mitglieder gewählt werden dürfen, während die Muhamedaner deren Zahl auf fünf erhöht wissen wollten. Wenn die Muhamedaner hartnäckig streiken, wird nichts Anderes übrig bleiben, als in den späteren Lesungen ihnen nachzugeben. Aus dem Zwischenfall ergibt sich überdies, wie schwer die Muhamedaner sich entschließen, Bulgarisch zu lernen, obgleich sie schon neun Jahre in einem bulgarischen Staate leben.

— Im Anschluß an die vor einiger Zeit den königlichen Regierungs-Baumeistern und Bau-führern verliehene Rang erhöhung sind nun mehr diesen Beamten durch allerhöchsten Erlaß Gala- und Dienstuniformen zugelegt worden, wie folgt für die sonstigen Beamten gleicher Rangklassen ebenfalls festgesetzt sind. Gleichzeitig sind die bisherigen Vorschriften über die den Bau-Inspektoren und Bauräthen zustehenden Dienstuniformen ergänzt worden. Die umfangreichen Bestimmungen werden in der neuesten Nummer des „Centralblattes der Bau-Verwaltung“ veröffentlicht.

— Wie der Minister der öffentlichen Arbeiten zur Behebung entstandener Zweifel bekannt gibt, sind den Hinterbliebenen königlicher Regierungs-Baumeister, welche in einer von dem Minister oder unter seiner Mitwirkung zugewiesenen Thätigkeit verstorben sind, diejenigen Gnadenbezüge zu gewähren, welche den nicht etatsmäßig Beamten nach den geltenden Bestimmungen zu stehen. Den Hinterbliebenen von königlichen Regierungs-Baumeistern und -Bauführern, welche bei Staatsbauten in Folge eines im Dienste erlittenen Unfalls gestorben sind, stehen die im Gesetz über die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebs-Unfällen festgesetzten Bezüge zu.

— Der Zar thöte wohl daran, endlich seine Zustimmung zur Veröffentlichung der gefälschten Aktenstücke zu geben, denn Offenheit und auch Offenlichkeit begreifen ein gut Theil des Geheimnisses der modernen Diplomatie, dem sich keiner der bestellten Faktoren, selbst das absolute Ausland nicht, entziehen kann. Die öffentliche Meinung ist ein trefflicher Spürhund, der unzweifelhaft früher oder später die Fährte des Bildes, wie edel es auch sein mag, finden wird. In Petersburg will man wiederum eine solche Fährte aufspürt haben. Der vorige Berichtsteller der „Daily News“ erwähnt das Gerücht (das sich indessen schwerlich bestätigen wird), Graf Herbert Bismarck werde auf den Wunsch des Zaren nach Petersburg reisen, um denselben Aufklärung über die gefälschten Briefe zu geben, und fährt dann fort: „Die Enthüllungen der „Kölnischen Zeitung“ werden in hiesigen diplomatischen Kreisen viel besprochen. Allgemein wird geglaubt, daß Baron Nobrenheim, der russische Botschafter in Paris, in die angeblichen orleanistischen Ränke verwickelt ist. Fest steht, daß er stets ein Gegner des Herrn v. Biers war. Der bekannte dänische Zeitungsschreiber Julius Hansen, der Herausgeber der „Gazette Diplomatique“, soll ebenfalls thätigen Aufschluß an der Sache genommen haben. Die russischen Thauvins sind entrüstet, weil den Zeitungen streng verbietet ist, den Fürsten Bismarck und Deutschland anzugreifen; auf Kaiserlichen Befehl ist nämlich kundgegeben worden, daß der Zar wünscht, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben. Es ist nicht das erste Mal, daß derartige Weisungen gegeben werden, gewöhnlich aber bleiben sie nicht länger als vierzehn Tage in Kraft.“

— Neben einer bedeutende Kundgebung eng-

lischer Geistlicher zu Gunsten Irlands erhält die „Boss. Ztg.“ aus London folgenden Drahtbericht:

„Daily News“ veröffentlicht ein von 51 Dissidenten - Geistlichen in Bristol unterzeichnetes Schriftstück folgenden Inhalts: „Wir als Diener der Religion in Bristol verzeichnen hierdurch unseren entschieden nachdrücklichen und ernsten Protest gegen vieles in dem gegenwärtigen Verfahren der britischen Regierung in Irland. Das Unrecht einer Vernachlässigung des verfassungsmäßig ausgedrückten Wunsches des irischen Volkes nach lokaler Selbstverwaltung wird erschwert durch Maßnahmen, welche mit gleicher Unslugheit und Ungerechtigkeit danach trachten, die nationale Stimme zu ersticken und das nationale Leben zu erdrücken. Durch Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, des öffentlichen Versammlungsrechtes und der Presselfreiheit schlägt unsere Regierung ein Verfahren ein, welches in zunehmendem Grade zur Entmündigung des Gesetzes und zum Umsturz der Ordnung beiträgt. Durch diesen Protest einer der Irland am nächsten gelegenen englischen Städte wünschen wir die Bevölkerung dieses Landes unserer Teilnahme zu versichern in dem bitteren Unrecht, das sie jetzt erleidet, und zu gleicher Zeit trachten wir danach, uns von der Mitschuld an einer Regierungsmethode zu reinigen, die einer christlichen Nation gänzlich unwürdig ist.“ Abschriften dieses Protests wurden Salisbury, Balsford und Gladstone übermittelt.

— Heute Vormittag um 10 Uhr, gegen Schluss der Vorlesungen im orientalischen Seminar, besuchten eine größere Anzahl Mitglieder des Reichstages unter Führung des Präsidiums, an seiner Spitze Herr von Wedell-Wiesdorf, die Neu-Schöpfung des Reiches und Preußens. Der Leiter des Instituts, Herr Professor Sachau, empfing die Herrschaften und übernahm ihre Führung durch die Räume. Am Schlusse der Besichtigung und nachdem auch der sehr interessante Bibliothek eingehende Würdigung zu Theil geworden, fand im Hörsaal des Seminars eine Vorstellung des gesamten Lehrpersonals statt, die sich um so feierlicher gestaltete, als die fremdländischen Lehrer, namentlich die hincischen Lektoren und der arabische Scheich, in ihren Festgewändern erschienen waren. Herr v. Wedell-Wiesdorf nahm hier Gelegenheit, der herzlichen Freude des Reichstages darüber Ausdruck zu geben, daß das Institut, an dessen Entstehung der Reichstag so bedeutenden Anteil habe, unter vielversprechenden Aussichten ins Leben getreten sei und davon die freundlichsten Wünsche für das weitere Gedeihen zu knüpfen.

— S. M. Schiffjungen-Schulschiff „Luisa“, Kommandant Korvettenkapitän Clausen v. Fink, ist am 1. Dezember mit den Ablösungskommandos für S. M. Kreuzer „Habsburg“ und S. M. Kanonenboot „Cyclop“ in Sierra Leone eingetroffen und beabsichtigt, am 6. derselben Monats wieder in See zu gehen.

— Die Wahl Sadi Carnots zum Präsidenten der Republik Frankreich begegnet in ganz Europa einer sympathischen Aufnahme. Nur in den panslavistischen Kreisen kann man den Anger über das Scheitern der orleanistischen Restaurationspläne, an welche sich die sichere Hoffnung auf den baldigen Abschluß einer russisch-französischen Allianz knüpfte, nicht ganz verbergen. So wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Petersburg gemeldet:

Der „Grashanin“ glaubt nur an eine kurze Präsidentschaft Sadi Carnots; schnell hintereinander würden noch zwei, drei Präsidenten folgen; dann jedenfalls aber die Monarchie. Diese Thesen auch manche in Petersburg lebende Franzosen; sei doch Frankreich das am allerweitesten republikanische Volk Europas. Nebrigens ist der bisher sehr antisfranzösische „Grashanin“ auf das Höchste überrascht von der Besonnenheit und dem Takt der Franzosen, namentlich der Kammer, beim Kampf gegen Gravy. Das Blatt betont diesen Umstand besonders und fügt hinzu, es habe das nicht erwartet. Wahrscheinlich habe man auch in Berlin das nicht erwartet, wo man vielmehr geglaubt habe, die Krise würde eine ganz anders Wendung nehmen. Die jetzt bei der Lösung der inneren Krise bereits gezeigt französische Einigkeit würde der Berliner Regierung sicherlich zu denken geben.

Der „Grashanin“ befindet sich mit diesen Vermuthungen vollkommen auf dem Holzwege. Vorläufig erscheinen die Aussichten auf die Verbrauchung der Monarchie in Frankreich auf ein Minimum reduziert. In Berlin hat man stets die Befestigung der Republik in Frankreich als vorteilhaft für die Interessen Deutschlands betrachtet; man steht daher in diesbezüglichen Kreisen der Wahl Sadi Carnots, die eine entschiedene Befestigung der Republik bedeutet, durchaus sympathisch gegenüber.

München, 6. Dezember. In liberalen bayerischen Provinz-Blättern war gerügt worden, daß der bayerische Landtag zum Leidens des deutschen Kronprinzen bisher gar keine Stellung genommen hat. Heute, am Tage der Versammlung beider bayerischen Kammer, nahm Präsident Baron von Anlaß, in wärmsten Worten des Kronprinzen zu gedenken, dessen Seelenstärke zu bewundern und der Hoffnung auf Wiedergenugung Ausdruck zu geben. Der Präsident schloß: „Wir nehmen Theil am Schmerze des deutschen Kaisers, über dessen Leben sichtbar Gottes Hand ist; wir wollen hoffen, daß ihm nach dem schweren Kummer über das Leid seines Sohnes noch viele Tage der Hoffnung entstehen. Ich bitte die Herren, sich zu erheben und den Gefühlen unserer Sorge und Theilnahme für das kaiserliche Haus Ausdruck zu geben. Gott schütze den deutschen Kaiser! Gott schütze den Kronprinzen!“ Die Kammer nahm die Rede mit ehrfurchtvollem Schweigen entgegen.

Ausland.

Wien, 5. Dezember. Nach der „Polit. Korresp.“ ist nunmehr festgestellt, daß der Papst die Jubiläumsmesse am Neujahrstage in der Peterskirche liest, wohin er sich mit der chemals für Osterfeste üblichen Feierlichkeit begibt. Der Einzug erfolgt nicht durch das große Peterstor, welches geschlossen bleibt, sondern durch eine Seitenpforte. Der Papst wird eine stillle Messe lesen und am Schluß derselben von einer einer im Innern der Basilika herstellenden Loge urbi et orbi den päpstlichen Segen spenden.

Graf Beay reist morgen nach Belgrad ab, um die Geschäfte der Gesandtschaft wieder zu übernehmen.

Bern, 5. Dezember. Der Ständerath wählte zum Präsidenten Favard aus Genf, zum Vize-Präsidenten Schoch aus Schaffhausen, beide radikal.

Paris, 5. Dezember. General Boulanger hat an den Präsidenten Sadi Carnot folgenden Glückwunsch gesandt: „Herr Präsident! Ihr ehemaliger Kollege im Ministerium bittet Sie, die respektvollen und herzlichen Glückwünsche entgegenzunehmen.“ Kein anderer Corps-Kommandant gratulierte.

Pariser Blätter schlagen vor, die Leiche des in Magdeburg ruhenden Carnot's — des Grossvaters des jüngsten Präsidenten — wie diezeitige Marceau's von Koblenz zur Säkularfeier der Republik nach Paris überzuführen. Marceau war ein hervorragender General der ersten Republik, der im Jahre 1796 am Rhein unter Moreau gegen die Österreicher unter Erzherzog Karl fiel. Im Treffen bei Altenkirchen am 20. September ward er durch einen Tiroler Jäger schwer getroffen und starb drei Tage später. Er ist in Neuwied, nicht in Koblenz (wo ihm ein Denkmal gesetzt ist), bestattet.)

Paris, 5. Dezember. Die republikanische Presse heißt Herr Carnot einmütig willkommen, mit Schätzungen jedoch, die schon heute hervortreten. So freut sich zwar die „Justice“, deren politischer Direktor Clemenceau wieder einmal zu kurz gekommen ist, über die Wahl, stellt aber so gleich dem neuen Präsidenten ihre Bedingungen, welche, wie sie behauptet, übrigens schon aus den Stimmen, denen er seine Ernennung verdankt, hervorgingen.

„Wir fügen“, sagt der Abg. Camille Pelletan, dessen ersehntes Portefeuille dem Ozean zuschwimmt, „wie fügen dem Neugewählten nicht eine Minute die Schmach zu, zu glauben, er könne sich über den Sinn des Volums täuschen, das ihn an die Spitze der Republik setzte. Besser, als irgendemand, wird er begreifen, daß er bestimmt und endgültig mit einer kompromittirten Vergangenheit abschließen muß.“

Die „kompromittirte Vergangenheit“ bedeutet offenbar sein Zusammengehen mit den Opportunisten, welche in ihm auch heute noch, trotzdem er der Gruppe nicht mehr angehörte, einen der Thüren begründen, einen Mitarbeiter Gambetta's in Tours, einen Gemäßigten unter den Gemäßigten“, wie Joseph Kleinach sich ausdrückt.

„Herr Sadi Carnot“, so liest man in dem „Journal des Débats“, „trägt sehr ehrenhaft einen Namen, welcher in der Geschichte unserer ersten Republik berühmt geworden ist. Erst kürzlich wurde dieser Name der parlamentarischen Welt wieder in Erinnerung gebracht. Man wußte dem ehemaligen Finanzminister Dank dafür, daß er gewisse Einstürzungen widerstanden und sich geweigert hatte, eine von dem Elysee verlangte Gunst zu bewilligen. Der Kongress wollte, indem er ihn wählte, noch einmal gegen die Skandale protestieren, deren betrüste und angewiderte Zeugen wir seit zwei Monaten sind. Die Präsidentschaft der Republik ist ihm gewissermaßen als Tugendpreis zugesunken. Die Wahl des Herrn Sadi Carnot wird von dem ganzen Lande mit einem Gefühl wahrer Erleichterung begrüßt werden. Sie entspricht dem Bedürfnis nach Ruhe, das sich überall fühlbar macht, und wir werden

ohne Zweifel während einiger Monate einer Art von Beschwichtigung bewohnen.“

Washington, 5. Dezember. Der Kongress wurde heute eröffnet. Carlisle, zum Kammer-Präsidenten gewählt, betonte die Notwendigkeit der Revision der fiskalischen Gesetze und der Tarifherabsetzung, um eine gefährliche Geldanhäufung im Staatschase zu verhüten. Palmer vindigt eine Bill zwecks Einschränkung der Einwanderung an. Jeder Einwanderer soll durch Zeugnis eines amerikanischen Konsuls seine Würdigkeit zur Erlangung des amerikanischen Bürgerrechtes darthun, anderenfalls sei die Landung zu versagen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Dezember. Das Reichspostamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Esuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Packtmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Fest zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Düne Papptaschen, schwache Schachteln, Zigarettenkisten &c. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und hältbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgesetzt sein muß. Am zweckmäßigsten sind gebrückte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketaufträgen nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben des Begleitadresses enthalten, zutreffendensfalls also den Transförmern, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Gilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach höheren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt aufgeliefert werden. Das Porto für Pakete ohne angegebenen Wert nach Orten des deutschen Reichspostgebietes beträgt bis zum Gewicht von 5 Kilogramm 25 Pf. auf weitere Entfernung bis 10 Meilen, 50 Pf. auf weitere Entfernung.

— Die deutsche Brigg „Johann Friedrich“, von Grimsby nach Stettin unterwegs, ist bei Lyngby gesunken. Das Schiff ist ein gänzliches Wrack geworden und die Ladung wird an's Land geplaut. Nur zwei Mitglieder der Mannschaft wurden gerettet; der Kapitän und die übrigen sind ertrunken.

Zum Verlust des Dampfers „W. A. Scholten“

Brüssel, 6. Dezember. Nach Pariser Nachrichten hat sich die französische Kammer auf Donnerstag vertagt. Wahrscheinlich wird ein Kabinet Goblet gewählt mit Ribot, Rouvier (Finanzen), Spuller (Unterricht) und Flourens (Aeusseres).

Die Nachricht, daß eine bulgarische Anleihe hier aufgenommen werden sollte, ist absolut erstanden. Das Demirkt ist autorisiert.

Rom, 5. Dezember. Der italienische Botschafter in Berlin, Graf de Lanay, ist mit Ulmann hier eingetroffen und hatte heute eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Crispi.

Paris, 6. Dezember. Bei dem gestern Abend veranstalteten gemeinschaftlichen monatlichen Diner der Notabeln der deutschen Kolonie teilte Graf Münster die direkt erhaltenen hoffnungsvollen Nachrichten aus San Remo mit und brachte, tief bewegt, einen Toast auf unseren Kronprinzen aus.

Madrid, 5. Dezember. Ein Antrag, die Einfuhrzölle auf Zerealen zu erhöhen, ist beim Senat und der Kammer eingereicht worden.

Das Ministerium ist entschlossen, die Vertrauensfrage gegenüber jedem protektionistischen Antrage zu stellen, da ein solcher den bestehenden Verträgen zuwiderlaufen würde.

Petersburg, 6. Dezember. Das „Journal de St. Petersburg“ beglückwünscht Frankreich zu

der Wahl eines gemäßigten und bei den letzten Streitigkeiten in keiner Weise kompromittirten Staatsmanns, nicht minder zu der Schnelligkeit, mit der der Kongress die gefährliche Krise beendigt habe.

Petersburg, 6. Dezember. Ein Birkular des Finanzministers Wyschnegradski an die Finanzbehörden gibt einen vom Kaiser unter dem 9. (21.) v. M. sanktionirten Beschluß des Mi-

nisterkomites bekannt, wonach allen ausländischen Aktien-Geschäften, welche Geschäfte in Russland ohne allerhöchste Erlaubnis betrieben und denen in diesem Jahre Dokumente dazu von den Finanzbehörden ertheilt waren, solche Dokumente auch für das nächste Jahr verordnet werden können.

Gedachte Gesellschaften sind aber darauf aufmerksam zu machen, daß sie zum ferneren Geschäftsbetrieb in Russland die gesetzlich geforderte Erlaubnis der russischen Regierung einholen sollen, wozu ihnen eine Frist bis zum 1. (13.) Mai 1888 gegeben wird, widrigfalls sie den Geschäftsbetrieb in Russland bis zum 1. Januar 1889 liquidieren müßten. Das Birkular läßt den Finanzbehörden Instruktionen zu geben, wonach dieselben den Gesellschaften erläutern sollen, wie und unter welchen Bedingungen sie die fragliche Erlaubnis erlangen können.

Washington, 6. Dezember. Die Botschaft des Präsidenten Cleveland, welche heute im Kongresse zur Verlesung gelangt, ist von außergewöhnlicher Kürze und erörtert ausschließlich die finanzielle Lage. Die Wichtigkeit einer sofortigen Aktion zur Verminderung des Überschlusses in der Staatskasse und zur Verhinderung weiterer Geldanhäufung in derselben wird dem Kongresse besonders zur Erwägung gegeben.

wetter schwint ihm der ganze Schottel. Seine Nachbarn sehen täglich nach, was er für eine Furt trägt; sagt man: „der Andred hat einen struppigen Kopf“, so geht kein Bauer allzu weit von seinem Hause. — Wenn auch nicht wahr, so doch nicht übel erfunden!

— (Höchste Schamhaftigkeit.) Richter: „Erheben Sie die rechte Hand zur Eidesleistung! Zuvor aber ziehen Sie gefällig Ihren Handschuh aus!“ — Beugin: „Wie, hier vor aller Welt?“

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Mannheim, 6. Dezember. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, stürzte heute Vormittag jenseits des Neckars an einem Neubau eine Mauer ein und begrub 9 Männer, welche mehr oder minder verletzt wurden.

München, 6. Dezember. Kammer der Abgeordneten. Bei Beginn der Sitzung hält der Präsident Freiherr von Ow folgende Ansprache: Da heute beide Kammer gleichzeitig Sitzung halten, so ist es heute möglich, daß die Gesamtheit der bayerischen Volksvertretung den Gefühlen Ausdruck geben kann, welche die Gemüther Alldeutschlands und darüber hinaus aufs ernsthafte bewegen. Wir bewundern die Seelenstärke, mit der Se. f. und l. Hoheit der Kronprinz der schweren Erkrankung gegenübersteht. Diese SeelengröÙe berechtigt uns, die Hoffnung auf eine Wendung zum Bessern, auf die Wiedergenugung festzuhalten. Wir nehmen innigsten Anteil an dem Schmerze Sr. Majestät des Kaisers mit der Hoffnung, daß es Allerhöchsteselben beschieden sei, noch Freude zu erfreuen. Ich bitte Sie, sich von den Söhnen zu erheben und in dem Wunsche zu einigen: „Gott schütze den Kaiser und Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen.“

Bern, 6. Dezember. Der Nationalrat wählte Kurz-Aargau zum Präsidenten, Russ-Waadt zum Vizepräsidenten. Beide Gewählte gehören der radikalen Richtung an.

Brüssel, 6. Dezember. Nach Pariser Nachrichten hat sich die französische Kammer auf Donnerstag vertagt. Wahrscheinlich wird ein Kabinet Goblet gewählt mit Ribot, Rouvier (Finanzen), Spuller (Unterricht) und Flourens (Aeusseres).

Die Nachricht, daß eine bulgarische Anleihe hier aufgenommen werden sollte, ist absolut erstanden. Das Demirkt ist autorisiert.

Rom, 5. Dezember. Der italienische Botschafter in Berlin, Graf de Lanay, ist mit Ulmann hier eingetroffen und hatte heute eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Crispi.

Paris, 6. Dezember. Bei dem gestern Abend veranstalteten gemeinschaftlichen monatlichen Diner der Notabeln der deutschen Kolonie teilte Graf Münster die direkt erhaltenen hoffnungsvollen Nachrichten aus San Remo mit und brachte, tief bewegt, einen Toast auf unseren Kronprinzen aus.

Madrid, 5. Dezember. Ein Antrag, die Einfuhrzölle auf Zerealen zu erhöhen, ist beim Senat und der Kammer eingereicht worden. Das Ministerium ist entschlossen, die Vertrauensfrage gegenüber jedem protektionistischen Antrage zu stellen, da ein solcher den bestehenden Verträgen zuwiderlaufen würde.

Petersburg, 6. Dezember. Das „Journal de St. Petersburg“ beglückwünscht Frankreich zu

der Wahl eines gemäßigten und bei den letzten Streitigkeiten in keiner Weise kompromittirten Staatsmanns, nicht minder zu der Schnelligkeit, mit der der Kongress die gefährliche Krise beendigt habe.

Petersburg, 6. Dezember. Ein Birkular des Finanzministers Wyschnegradski an die Finanzbehörden gibt einen vom Kaiser unter dem 9. (21.) v. M. sanktionirten Beschluß des Mi-

nisterkomites bekannt, wonach allen ausländischen Aktien-Geschäften, welche Geschäfte in Russland ohne allerhöchste Erlaubnis betrieben und denen in diesem Jahre Dokumente dazu von den Finanzbehörden ertheilt waren, solche Dokumente auch für das nächste Jahr verordnet werden können.

Gedachte Gesellschaften sind aber darauf aufmerksam zu machen, daß sie zum ferneren Geschäftsbetrieb in Russland die gesetzlich geforderte Erlaubnis der russischen Regierung einholen sollen, wozu ihnen eine Frist bis zum 1. (13.) Mai 1888 gegeben wird, widrigfalls sie den Geschäftsbetrieb in Russland bis zum 1. Januar 1889 liquidieren müßten. Das Birkular läßt den Finanzbehörden Instruktionen zu geben, wonach dieselben den Gesellschaften erläutern sollen, wie und unter welchen Bedingungen sie die fragliche Erlaubnis erlangen können.

Washington, 6. Dezember. Die Botschaft des Präsidenten Cleveland, welche heute im Kongresse zur Verlesung gelangt, ist von außergewöhnlicher Kürze und erörtert ausschließlich die finanzielle Lage. Die Wichtigkeit einer sofortigen Aktion zur Verminderung des Überschlusses in der Staatskasse und zur Verhinderung weiterer Geldanhäufung in derselben wird dem Kongresse besonders zur Erwägung gegeben.

Berlin, 6. Dezember. Im Hafen + 0,59 Meter. Wind: NW. im Revier 16 Fuß 7 Zoll. — Wärme bei Bogen, 5. Dezember Mittags 0,86 Meter. Höhe bei Bogen, 5. Dezember, Oberpegel 4,87 Meter, Mittelpegel 3,58 Meter, Unterpegel 0,30 Meter unter Null.

Wasserstands-Bericht.

Oder bei Breslau, 6. Dezember 12 Uhr Mittags. Im Hafen + 0,59 Meter. Wind: NW. im Revier 16 Fuß 7 Zoll. — Wärme bei Bogen, 5. Dezember Mittags 0,86 Meter. Höhe bei Bogen, 5. Dezember, Oberpegel 4,87 Meter, Mittelpegel 3,58 Meter, Unterpegel 0,30 Meter unter Null.